

13. 3. Morgan und die Wahlen

Jum zweiten Male seit dem Bestande der deutschen Republik veranlaßt die deutsche Bourgeoisie freie und demokratische, aleide und geheime Wahlen. Jahrzehnt lang genügt nun das deutsche Volk schon die Segnungen des Hörnchens der demokratischen Demokratie. Alle alle dürfen wählen. Die Kapitalisten und die Arbeiter, die Großgrundbesitzer und die armen Bauern, die Bankiers und die Angestellten, die Luxusweibchen und die Proletarierfrauen, die Aktionäre und die Arbeitlosen, die Inhaber der Schuhhinterwohnungen und die Bewohner der Brutstöben; eine wahrhaft göttliche Gleichheit! Und nun schon zum vierten Male...

Die Arena der Wahl des Jahres 1919 zur Weimarer Nationalversammlung war mit tausend und aber tausend Protektorenleibern bedeckt. Die bürgerliche Demokratie hatte über die proletarische Revolution gesiegt. Das Bündnis des Konservativen Sozialismus mit den weißen Horden Hindenburgs und Goeters über den Kampf und die Diktatur des Proletariats. Die Revolution war geschlagen. Aber als im Jahre 1920 der zweite Wahlgang stattfand, gab es in Deutschland noch bewaffnete Arbeiter. In Tausenden von Arbeiterherzen glühte die Idee der Revolution, das Vermächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Zwischen Kapp-Putsch und den Wärtkämpfen des Jahres 1923 fanden die zweiten Wahlen statt. Der Oktober-Niederlage des Jahres 1923 folgten die dritten Wahlen und im Jahre 1928, nach vier Jahren einer schrankenlosen Diktatur des Trustkapitals, einer zweijährigen Herrschaft der reaktionären Regierung, die Deutschland je besessen hat, finden wiederum Wahlen statt: Bürgerblutwahlen, Kriegswahlen, nicht mehr unter der blutigen Fuchtel Noskes, sondern unter der eisernen Unterdrückungsmaschine des „friedlichen“ Bündnisses zwischen Trustmillionären und reformistischen Bürokraten.

Am 29. Mai werden Millionen Menschen in Deutschland glauben, durch Abgabe des Stimmzettels den gesichtlichen Lauf und ihr persönliches Schicksal beeinflussen zu können. Eine jüdische Waffe in den Händen der Bourgeoisie ist die Beherrschung der Hirne der Verkäufer mit den trügerischen Illusionen über die Möglichkeit der Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen auf dem Wege der demokratischen Wahlen. Die Sozialdemokratie preist die Wahlen als eine weltgeschichtliche Entscheidung. Zwei Jahre rauscht sie um das goldene Kalb des Bürgerblods; jetzt tanzt sie um den demokratischen Stimmzettel. Inzwischen landete in Cherbourg der amerikanische Millionär Pierpoint John Morgan, der Schwertwalter des deutschen Imperialismus, der auf das Schicksal des deutschen Volkes in den nächsten Jahren einen größeren Einfluß gewinnen wird, als Millionen und aber Millionen von sozialdemokratischen Wahlstimmzetteln. Im Jahre 1928 werden Entscheidungen nur geschichtliche Bedeutung gewinnen — aber nicht in den Wahlstufen, sondern in den Wahlkontoren, nicht in den Wahlurnen des Bürgerblods, sondern in den nüchternen und kühlen Direktionszimmern der internationalen Truste, die die Welt beherrschen. P. J. Morgan kommt nach Europa zur Regelung des Reparationsproblems und der interalliierten Schulden. Sein Plan ist ebenso einfach als klar. Die gesamte Reparationschuld Deutschlands soll auf 32 Milliarden seigereicht werden. Die Hälfte davon soll sofort fällig gemacht werden, indem die deutschen Eisenbahnen für 11 Milliarden und die deutsche Industrie für 5 Milliarden Schuldcheine ausgeben und an amerikanische Kapitalisten verkaufen. Mit dem Erlös soll Frankreich und England seine Schulden an Amerika bezahlen, die andere Hälfte soll unmittelbar in Form von Steuern durch die drei werktätigen Massen ausgebracht und an die Ententekapitalisten abgeführt werden. Nach dem Plan P. J. Morgans wird Deutschland, das im letzten Jahrzehnt eine Milliarde an Reparationsbeträgen zu leisten hatte, denselben Betrag an jährlichen Zinsleistungen zu zahlen haben. Und trotzdem ist die deutsche Bourgeoisie und mit ihr die Sozialdemokratie mit diesem Plan einverstanden, der eine unerhörte Steigerung der Ausbeutung der breiten Massen bedeutet wird. Der Bürgerblod glaubt keine Macht, für die er in früheren Jahren gitterte, vor der Arbeiterrevolution endgültig gesichert. Der Pakt mit P. J. Morgan bedeutet dem deutschen Kapitalismus eine noch innigere Interessengemeinschaft mit dem westeuropäischen Kapitalismus, eine neue Stufe auf der Leiter des Wiederaufstieges des deutschen Kapitalismus. Es ist kein Zufall, sondern imperialistische Logik, daß die konkrete und gemeinsame Behandlung der Lösung des Reparationsproblems und der interalliierten Schulden mit dem Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen und mit der allgemeinen Sowjetunion auf der ganzen bürgerlichen und reformistischen Front zusammenfällt. P. J. Morgan errichtet die Schicksalsgemeinschaft des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion

und die proletarische Revolution. Ein gigantischer Versuch zur Herstellung einer Phalanx der Finanzoligarchie der entscheidenden imperialistischen Länder gegen die Revolution. Das meritatiige Volk Deutschlands geht einer Zeit unerhörter Not entgegen. Aber in den Wahlen werden die Parteien der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie die Verbilligungspläne des Finanzkapitalismus unter den Lügen des Volksfriedenspreisen und den Massen das Blaue vom Himmel versprechen, wenn sie nicht den Kommunisten, den Aufständern und Jeritoren, sondern ihnen, den sozialdemokratischen und den kapitalistischen Volksparteien folgen werden...

Eine Schlacht hat die deutsche Arbeiterschaft schon vor dem 29. Mai verloren. Noch sind die Lohnbewegungen der 4 bis 5 Millionen Arbeiter, deren Tarife am 1. April abliefern, nicht ganz abgeschlossen; aber schon heute ist es klar: sie bedeuten eine Niederlage der Arbeiterschaft. Der Reallohn ist gegenüber dem Stande vom Vorjahr wieder gesunken. Die eingetretener nominalen Lohn erhöhungen sind in seinem Falle ein Ausgleich für die gestiegene Kosten der proletarischen Lebenshaltung. Nach offiziellen Zahlen sind im Jahre 1927 die Preise der Konsumgüter um 11 Prozent gestiegen; die Arbeitslöhne nicht einmal um die Hälfte. Und die 4 bis 5 Millionen Arbeiter waren kämpferisch — unter proletarischer Führung hätten sie vor dem Wahlkampf dem Bürgerblod eine Schlacht geliefert, die von vornherein auch den Wahlkampf entschieden hätte. Millionen und aber Millionen von Arbeitern, die heute noch den bürgerlichen Parteien folgen, die außerhalb der Freien Gewerkschaften sind, wären durch den Kampf um Lohn und Arbeitszeit zum Klassenbewußtsein erwacht. Aber die Niederlagenstrategie der reformistischen Bürokratie will es anders: sie zerstört die Existenzkämpfe des werktätigen Volkes, sie treibt die hungrigen Arbeiter in die Fronburgen des Trustkapitals — und nach der Niederlage brüllt sie: Wahlkampf gegen die Scharmacher! Wahlkampf gegen den Bürgerblod! Und diese Politik des Reformismus steht in engstem Zusammenhang mit der Außenpolitik des Bürgerblods, mit der Verfolgung des deutschen Trustkapitals, mit den amerikanischen, mit den englischen und französischen Milliardären. Der deutsche Reformismus hat jetzt die historische Aufgabe, die Massenbasis für den Sozialimperialismus zu schaffen. Und dazu ausschließlich dienen ihnen die Wahlen.

Alle Lohn- und Arbeitszeitbewegungen der deutschen Arbeiterschaft geraten unfehlbar in eine Sackgasse, wenn nicht vor

allem die Industriebewegung erkennt, daß Brot im Jahre 1928 mehr denn je um den Sieg der imperialistischen und den Sieg der Arbeiterrevolution. Schlüsselpunkt des Bürgerblods und der militärischen Bürokratie ist erstaunlich, daß deutsche Arbeiter weiß, die Streikfreiheit vernichtet, ein Stück Brot mehr erlangt werden, wenn die Gewerkschaften sich mit den Imperialisten einspielen, vermieden werden muß, was den Aufstand Deutschlands heißt, mit diesen Worten: „Die Macht des deutschen Volkes, beeinträchtigen könnte. Ohne zu viel Macht fein Stück Brot mehr. Ohne Gewerkschaften deutschen Arbeiterschaft, Verhinderung und Verhinderung Kette von Niederlagen. Das ist die Basis der Macht. Aber die Sozialdemokratie gibt als Basis im Reichstag — das bedeutet Einfluß auf Preis und Arbeitszeit vom Staat der, bedeutet Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, bedeutet Einfluß auf die Bevölkerung im kommenden Reparationswahl... Dieser Roll war das Parlament der bürgerlichen Herrscher — der Reichstag muss das Parlament des vorwärtsstrebenden Machtwillens der Arbeiterschaft sein.“

Machtwillen der Arbeiterschaft, das Sproche der reformistischen Bürokratie, die Regierung der Großen Koalition unter Hegemonie der deutschen Volkspartei, mit Stresemann, der Partei Pierpoint John Morgan, Schwerindustrie.

Jede Etappe der deutschen Geschichte seit 1918 ist lebend und bestimmt durch einen geschichtlichen Prozeß des Reformismus. Ein solcher ist das Machtwillen der Sozialdemokratie: die Große Koalition im Januar 1918 ließerte die deutsche Sozialdemokratie und den Proletariat an das Schlachtmesser des deutschen Kaiserreiches. Durch die Große Koalition des Januar 1919 ließ sich die deutsche Arbeiterschaft den Wagen des internationalen Imperialismus: Stresemann, Pollock, Morgan und Chamberlain zu füttern, das James Ziel die Vernichtung der Sozialdemokratie und die Liquidierung der proletarischen Revolution für Jahrzehnte hinaus ist.

Die deutsche Arbeiterschaft wird in den Wahlen des Jahres 1928 nur dann steigen, wenn sie den Rahmen der Revolution, des Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus, wenn sie der Kommunistischen Partei folgt.

Die Großindustriellen kaufen Reichstagsmandate

Der Riesenwahlfonds des Verbandes Sächsischer Industrieller Monatlich 20 Pfennig pro beschäftigten Arbeiter!

Wie wir kürzlich über den Mandatssatz durch den Bayrischen Industriellen-Verband berichten konnten, so veröffentlicht am Sonnabend die Volkszeitung das folgende Rundschreiben des Verbandes Sächsischer Industrieller:

Verband Sächsischer Industrieller

Chemnitz, 15. März 1928.

Bett. Errichtung eines Wirtschaftskontos des Verbandes Sächs. Industrieller

Wir beziehen uns auf das Ihnen von unserer Hauptgeschäftsstelle zugegangene Rundschreiben Z. M. 3/28 vom 15. Februar. Seit Absendung dieses Rundschreibens besteht Gewißheit darüber, daß der Reichstag vorzeitig aufgelöst und normaler Neuwahl im Mai ausgezögert werden. Um so dringender ist es erforderlich, daß die vom Verband eingeleitete Sammlung zur Unterstützung industrieller Kandidaturen mit aller Energie fortgesetzt wird. Gemäß den Absichten des Gesamtvorstandes sollen mit diesen Mitteln diejenigen Parteien unterstützt werden, die sich weiter erklären, Industrielle an höherer Stelle in ihrer Reichstagswahlliste zu legen. Die Industrie war bisher im Reichstag ganz außerordentlich schwach vertreten, im Gegenzug zu der Landwirtschaft, Handwerk, Angestellten und Beamtenchaft. Nach Beschluß des Gesamtvorstandes in Dresden, dem sich der Vorstand der Ortsgruppe Chemnitz in einer starkbesuchten Vorstandssitzung einstimmig und

mit Nachdruck angeschlossen hat, wird jede Mitgliedsbetriebe, mindestens 20 Pfennig pro Arbeitnehmer pro Monat für die Monate Februar, März und Mai an das

Wirtschaftskonto Sächs. Industrieller bei der Allg. Deutschen Credit-Anstalt, Dresd

zu überweisen. Besonders erwünscht ist die Gabe in einer Summe. Firmen, die dazu in der Lage geben, noch über diese Mindestsumme hinaus zu gehen.

Der Verband legt aber Wert darauf, dass es sich bei dieser Geldsammlung nur um eine Spende handelt, während er es als selbstverständlich ansieht, daß Unternehmen in industriellem Sinne die monatlichen oder zeitweiligen oder mindestens zu Zeiten der Wahlen sehr notwendigen festen einzelnen Beiträge für bestimmte Parteien durch Weine Weise betroffen werden sollen.

Hochachtungsvoll
Verband Sächs. Industrieller, Ortsgruppe Chemnitz
Der Vorsitzende: Die Geschäftsführer
Dr. F. Vogel. gen. Dr. F. Moritz

Dieses Rundschreiben zeigt, wie die Großindustriellen ihre Interessenvertretung durch die Abgeordneten der Nationalsozialistischen Partei und der Deutschnationalen Partei laufen. Korruptionssummen des Unternehmertums wandern in Wohlhaben der bürgerlichen Parteien. Diese sind nicht politische Agenturen für die großkapitalistischen Profitaten. Mit den rücksichtigen Wahlfonds der Industriellenverbände, beißt sie ihren Wahlschwund, um Mittelständler, Handwerker, Arbeiter vor ihren großkapitalistischen Karren zu spannen.

Rundschreiben, wie das vorliegend veröffentlicht, äußerst nüchtern, die Lastierung der „volkstümlichen“ Parteien zu sprengen. Die Deutsche Volkszeitung, die Partei der Trustkapitäne, an deren Spitze der Aufhänger Stresemann steht, ist in hervorragendem Maße die direkte Interessenvertretung der Großindustriellen. Wenn Volkszeitung in ihrem Kommentar den Anschein erweckt, als sei Herr Stresemann, der Schlaukochs, nicht über einfache Tatsache der Subventionierung seiner Partei aufzufasse, informiert, so ist dies nichts als ein Betrug, der, womit die Volkszeitung ihre erwünschten Koalitionspartner in einer Regierung der Großindustriellen darstellen will.

Die Arbeiterschaft erklärt den korrupten geäußerten Interessen der bürgerlichen Parteien, den Vertretern arbeitsloser Interessen, den schärfsten Kampf. Sie wird im Kampf auch Abrechnung halten mit den Sozialdemokratischen Politikern, die eine gemeinsame Regierung mit den gefälschten Kapitalagenten zu bilden beabsichtigen.

Steigender Index

Berlin, 11. April. Die auf den Sichttag April berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Amtes war gegenüber der Vorwoche mit 138,8 (138,8) verändert. Im Monatsdurchschnitt März ist die Ziffer um 0,4 vom Hundert auf 138,5 gegenüber 137,1 im Schnitt für Februar gestiegen.

Im Zeichen des Burgfriedens

Severing, Scheidemann, Löewe verzapfen Bibelzitate

Das „Welt-Abendblatt“, berügt durch seine servile Bauchrutscherei anlässlich des Hindenburgumwels im vergangenen Oktober, veröffentlicht in seiner Österreichnummer unter der Schlagzeile „Herr mit den vergessenen politischen Waffen!“ Aeußerungen von Vertretern verschiedener Parteien. Unter dem Dokument, im politischen Kampf die persönliche Verunglimpfung des politischen Gegners beilegen zu wollen, wird in diesen Kundgebungen, vor allem sowohl es sich um Stimmen sozialdemokratischer Führer handelt, unzweckmäßig für allgemeinen Burgfrieden im Wahlkampf Stimmen gemacht.

Constantin eröffnet Herr Severing den Reigen, indem er auf wahrhaft „sozialistische“ Manier Bibelzitate um sich schweift. Er übersteigt schon seinen Erfolg mit dem oft „marxistischen“ Appell: „Denkt nur an das alte Gebot!“ Und dann kost man;

„Und drittens ist die Gebürgtheit im politischen Kampf auch ein Stück Unmoral!“ Wer zu Hause und in der Gesellschaft Gewicht davon legt, als Mann von Bildung (!) zu erscheinen, wer im kalten Kämmerlein und in der Kirche (!) das christliche Gebot in sich aufnimmt: „Du sollst nicht jährling Zeugnis reden wider deinen Nachsten“ — der hat die Pflicht, im öffentlichen Leben erst recht Bildung (!) und christliche Wahrheitslehre (!!) und Duldung zu üben.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden einigermaßen erstaunt sein, daß die große Leuchte der SPD, Severing, ihnen Dinge, wie „christliche Nachstenliebe“ und ähnliches, zu präsentieren wagt, kurz als „Mann von Bildung“ voll und ganz die verschämten und ürgen Phrasen verzapft, wie man sie sonst aus Pfaffenmund zu hören gewöhnt ist.

Auch der Reichstagsabgeordnete Löwe knüpft an die Bibel an, indem er schreibt: „Bereizige jedes Gebot!“ Da wird den Arbeitern eingehäuft, sie sollen bei ihrem Gegner immer vorangehen, daß „auch er dem deutschen Volke nützen“ will. Sie sollen

ihm keine Anklagen unterschieben, „die er nicht ausdrücklich als die seinigen anerkennt“. Was bedeutet das?

Es bedeutet, daß die Massen der werktätigen Wählerschaft

auf Treu und Glauben den politischen Hochstapler der bürgerlichen Parteien und der SPD ihre Phrasen glauben soll.

Am deutlichsten aber enthält Philipp Scheidemann, der Held mit der verdornten Hand, was hinter dem ganzen Phrasenschwall als politische Absicht verborgen ist. Er versichert nämlich, daß in Deutschland die Wahlkämpfe mit größerer Gewaltigkeit als in anderen Ländern ausgetragen würden und fügt dann hinzu, die Gewaltigkeit sei nicht allein bei der äußeren Rechten „und der äußersten Linken“ (!) beliebt. Ganz klar entpuppt sich also, worum es geht.

Die Parteien der lüstigen Regierungskoalition von der Deutschen Volkspartei über das Bürgerblodzentrum, die bürgerlichen Demokraten bis zur SPD, wünschen in vollständiger Einheitsfront die Wahlen zu bestreiten. „Nur keine Gewaltigkeit“ sagt man und meint dabei keinen Kampf unter uns, damit die Einheitsfront der lüstigen Großen Koalition deutscher besser als sie ist gegen die revolutionäre Arbeiterschaft verstreichen kann! Denn, daß man den Deutschnationalen mit mit aller Formvollendung und Höflichkeit zu Leibe geht, das ist moralisch und endlich schon „unser Hindenburg“ schuldig.

Die Arbeiterschaft, vor allem auch die Proletarier innerhalb der Sozialdemokratie, erleben mit dieser Verherrlichung des Burgfriedens zwischen den lüstigen Regierungsparteien einen Vorgeichnis davon, wie die SPD im Zeichen der Großen Koalition „Klassenkampf“ betreibt.

Die Schlussfolgerung? Sie kann nur laut: Keine Stimme der Partei der Heuchelei und Leidetretete gegenüber der Bourgeoisie.

Alle Stimmen den Kommunisten!